

Eine Antwort auf die globale Nahrungskrise

Die Angst vor Lebensmittelknappheit – hervorgerufen durch die drohende weltweite Nahrungskrise – hat mittlerweile auch Malaysia erreicht. In Kampung Permatang Pasir nahe Muar brach eine vierköpfige Diebesbande in ein Privathaus ein und ließ neben Schmuck und Mobiltelefonen auch die Reis- und Nudelvorräte der Familie mitgehen. Gefragt, ob Malaysias Nahrungsversorgung als kritisch zu werten sei, antwortet Premierminister Abdullah Badawi in einem Interview: »Ich möchte diesen Ausdruck nicht gebrauchen, denn die Presse würde sich sensationsgierig darauf stürzen und Panik unter den Leuten verbreiten.«

Um jedoch Nahrungsengpässe und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen, investiert Malaysias Regierung zu-

sätzliche vier Milliarden Ringgit (ca. 800 Millionen Euro), unter anderem in die agrarische Nutzung brachliegenden Landes, die Subvention der Nahrungsmittelproduktion und die Aufstockung des Lebensmittelvorrats. Um das Ziel der Selbstversorgung Malaysias zu erreichen, könnte ein großer Teil der Provinz Sarawak als »neue Reisschüssel des Landes« fungieren, erläutert Premierminister Badawi.

Gleichzeitig untersucht ein Team von Wissenschaftlern, ob Boden und Klima Malaysias die Kultivierung von chinesischem Hybridreis zulassen, und entwickelt Anbaumethoden, um die Reisproduktion zu steigern.

vgl.: The Star 1.5.2008, 7.5.08; Daily Express 4.5.08; NST Online 21.4.08

Mahathir kann's nicht lassen

»Ich bin nicht gegen den Westen, ich bin gegen die schlechten Dinge, die westliche Länder tun«, äußerte sich der ehemalige Premierminister Malaysias Dr. Mahathir Mohamad in einem Gespräch bei *Hard Talk* gegenüber der BBC in London. Der Westen, insbesondere die Briten, welche selbst die Malaien mit Etiketten wie »faul« oder »inkompetent« klassifiziert hatten, müssten nun auch bereit sein, sich die Meinung anderer über sie anzuhören.

Mahathir wiederholte auch seine – schon zu Regierungszeiten

vertretene – These, dass das westliche Modell von Demokratie nicht jeder Gesellschaft angemessen sei und verteidigte das in Malaysia praktizierte System. Die Geschichte zeige, dass westliche Staaten sich immer wieder neue Ideologien haben einfallen lassen. »Und eines Tages«, so Mahathir, »wird es auch mit der Demokratie vorbei sein, spätestens dann, wenn aus der Demokratie Anarchie geworden ist, und praktisch keine Regierung mehr existiert.«

vgl.: NST Online 22.4.08

Skandal um Spielabsprachen

Ein Skandal um Spielabsprachen erschüttert derzeit Malaysias Fußballszene. Um den Ausgang von Partien zu bestimmen und damit Gewinne bei Fußballwetten einzustreichen, flossen in großem Umfang Gelder an Spieler und Teams. Der erst seit sechs Wochen amtierende Sportminister Datuk Ismail

Sabri Yaakob sieht in dem Skandal seine Feuertaufe und verspricht, dem malaysischen Sport wieder auf die Beine zu helfen. Zunächst aber müsse er in dieser »Sauerei« aufräumen, sagt Ismail. Es gebe genug Gesetze, um gegen korrupte Spieler vorzugehen.

vgl.: NST Online 26.4.2008

Freie Fahrt für Frauen

»Alleine ins Ausland reisende Frauen müssen eine schriftliche Einverständniserklärung der Eltern oder des Arbeitgebers vorweisen können!« – Mit diesem, ins Kabinett eingebrachten Plan sorgte Malaysias Außenminister Rais Yatim während des ersten Maiwochenendes für erregte Diskussionen. Die Vorschrift sei in erster Linie eine Sicherheitsmaßnahme, um junge Frauen davor zu schützen, als Drogenkuriere missbraucht zu werden. Tatsächlich stehen von 119 Fällen, in denen malaysische Frauen im Ausland zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, 90 Prozent im Zusammenhang mit Drogen. Ob allerdings auch religiöse Motive hinter Rais Yatims Vorschlag stecken, ist unklar – zumindest gleicht die vorgeschlagene Regelung der einiger arabischer Staaten, wo Frauen nach islamischem Grundsatz eine Erlaubnis ihres Vormundes benötigen, um das Land verlassen zu dürfen.

Verschiedene Frauenrechtsorganisationen reagierten mit Enttäuschung auf den Plan Yatims. Eine von ihnen, *Sisters in Islam*, kritisierte ihn als absolut lächerlich und rückständig, impliziere er doch, dass Frauen weniger als Männer dazu fähig wären, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Diese Botschaft kam auch auf Regierungsebene an. Malaysias Innenminister Syed Hamid Albar lehnte eine derartige Vorschrift ab und erklärte: »Darüber kann es keine Regelung geben. Wenn eine Person einen Pass beantragt, fragen wir nicht danach, wohin sie geht. Wenn eine Person verreisen möchte, trifft sie ihre eigene Entscheidung, und wie sie das dann tut, ist ihre Sache.«

vgl.: Yahoo News, 5.5.08; BBC News, 4.5.08

nachrichten

Neue Wege in der Wirtschaftspolitik

Eine Wirtschaftspolitik, die unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit den armen und marginalisierten Malaysiern gleichermaßen Unterstützung bietet – das ist das von dem Oppositionsführer Anwar Ibrahim entwickelte Konzept der *Malaysian Economic Agenda* (MEA). MEA soll die *New Economic Policy* (NEP) ersetzen, die 1971 eingeführt wurde, um die schlechte wirtschaftliche Stellung der Mehrheitsethnie der Malaien zu stärken und damit auch erfolgreich eine breite malaiische Mittelschicht geschaffen hat. Der Missbrauch der NEP durch führende Regierungsvertreter, Vetternwirtschaft und eine neoliberale Politik hatten in den vergangenen Jahren aber zu zunehmenden Einkommensdisparitäten geführt.

Heute, nach den Wahlen vom März 2008, stehen die Chancen zur Umsetzung von Anwars Vision der MEA so günstig wie nie. Eine Koalition aus den Oppositionsparteien PAS, PRK und DAP stellt in fünf von Malaysias Bundesstaaten die Regierung, darunter auch im industriell starken Penang, Perak und Selangor. Geplant in den betreffenden Staaten sind Senkung der Lebenshaltungskosten, Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und mehr Transparenz bei der Vergabe von Verträgen. Dafür entfernt sich sogar die islamistisch orientierte PAS von ihrer religiösen Agenda und wirbt für das Konzept eines Wohlfahrtsstaats.

Dass allerdings wirklich neue Wege in der Wirtschaftspolitik beschritten werden, bezweifelt der Politikwissenschaftler John Hilley: »Die Idee der wirtschaftlichen Verteilung erscheint weniger bedeutsam, wenn man erst ein politisches Amt innehat, und sie wird »gezähmt« von den realistischen Forderungen des großen Business.«

vgl.: Asia Times 20.3.08, 29.4.08

Blogger vor Gericht

Raja Petra Kamaruddin, Gründer und Editor der Webseite *Malaysia Today*, wurde am 6. Mai 2008 wegen Volksverhetzung vor Gericht angeklagt und verurteilt, nachdem er in einem online veröffentlichten Artikel Vizepremierminister Najib Razak und seine Ehefrau mit dem grausamen Mord an der Mongolin Altantuya Shaariibuu im Oktober 2006 in Verbindung gebracht hatte. In dem Wissen, dass allzu offene Worte ihn ins Gefängnis bringen könnten, hatte er in einem Internetbeitrag vom 25.4.2008 geäußert: »Viele halten die Gerichtsverhandlung im Altantuya-Fall für eine Schauprozess vor einem korrupten Gericht« – und dabei bewusst offen gelassen, ob er diesem Statement zustimme.

Weil Raja Petra es ablehnte, die Kaution von ca. 1.600 US-Dollar

zu bezahlen, wird er im Gefängnis auf die Wiederaufnahme seines Verfahrens im Oktober warten müssen. Basis für das Urteil des Gerichts bildete der malaysische *Sedition Act*, ein Überbleibsel aus der britischen Kolonialzeit, der allgemein »staatszersetzende Tendenzen«, darunter auch regierungskritische Äußerungen, unter Strafe stellt. Oppositionspolitiker und andere Internetautoren sehen in dem Urteil jedoch eine Verletzung der Presse- und Meinungsfreiheit. Raja Petra selbst erklärte vor seiner Verurteilung: »Wir Blogger haben der Regierung den Krieg erklärt. Unser endgültiges Ziel ist ein Regierungswechsel.«

vgl.: Malaysia Today, 25.4.08; Yahoo News, 7.5.08

Reiseziel Malaysia

Malaysia scheint sich zu einem beliebten Ziel für Reisende aus dem Nahen Osten zu entwickeln. Nach 245.302 Touristen im vergangenen Jahr werden 2008 etwa 320.000 Urlauber aus den Golfstaaten erwartet. Datuk Abdul Mubin Razali, Malaysias Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten, führt den deutlichen Anstieg der Touristenzahlen vor allem auf die Teilnahme Malaysias am jährlichen Arabian Travel Market – der führenden Fachmesse der Reisebranche für den arabischen Raum – zurück. »Malaysias Partizipation dort überzeugt mehr und mehr Menschen aus dem Nahen Osten davon, Malaysia als Urlaubsländ zu wählen«, so der Botschafter.

vgl.: NST Online, 5.5.08

Scharia-gemäße Wirtschaft

Neue Richtlinien der Securities Commission – einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts, gegründet zur Regulierung und Entwicklung des malaysischen Kapitalmarkts – sollen mehr Finanzmittel in Firmen fließen lassen, die ihre Geschäfte in Übereinstimmung mit dem islamischen Recht führen. Die neuen Vorgaben verlangen von den Beteiligungsgesellschaften Scharia-Ratgeber einzustellen und ihre Kerngeschäfte in Übereinstimmung nach den Prinzipien der Scharia abzuwickeln.

vgl.: Business Times, 8.5.08